

Prolog

Die Große Koalition ist mit dem Versprechen angetreten, das qualitativ hochstehende Niveau der medizinischen Versorgung in Deutschland dauerhaft zu sichern. Die Gesundheitspolitik der Bundesregierung bleibt allerdings weit hinter diesen selbst gesteckten Erwartungen zurück. Die Ärzteschaft wird nach wie vor mit gesetzlichen Maßnahmen konfrontiert, denen die Annahme zugrunde liegt, man könne im Gesundheitswesen weiter auf Kosten der Leistungserbringer sparen, ohne dass darunter die Qualität der Patientenversorgung leidet.

Mit dem Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetz (AVWG) hat die schwarzrote Koalition den heftigen Protest der Ärzteschaft herausgefordert und auch die Patientenverbände gegen sich aufgebracht. Das Gesetz ist ein weiteres Glied in der Kette kurzatmiger Kostendämpfungsgesetze, die seit 25 Jahren zu immer neuen Überreglementierungen und Bürokratisierungen führen. Mit dem AVWG sollen Vertragsärzte nun gedrängt werden, Arzneimittelverordnungen bei wichtigen Indikationen staatlich vorgegebenen Durchschnittskosten (Tagestherapiesätzen) anzupassen. Eine Überschreitung dieser Verordnungsmargen zieht Strafzahlungen der Ärzte nach sich, eine Unterschreitung kann mit einem Bonus honoriert werden. Diese Bonus-Malus-Regelung bringt uns in erhebliche ethische Konflikte. Denn als Ärztinnen und Ärzte sind wir gehalten, nach medizinischen Notwendigkeiten und nicht nach staatlichen Verordnungsvorgaben Medikamente zu verschreiben.

Die weitere Entwicklung in diesem Jahr wird zeigen, ob die Große Koalition den eingeschlagenen Kurs beibehält oder tatsächlich die Kraft für eine wegweisende Reform unseres Gesundheitswesens findet. Die Regierung hat angekündigt, mit einer Finanzierungsreform die Grundlagen für ein leistungsfähiges und solidarisches Gesundheitswesen zu sichern. Die ersten Schritte aber gehen in eine ganz andere Richtung: Die Eckpunkte des Bundesgesundheitsministeriums für ein neues Vertragsarztrecht sehen eine Absenkung der Gebührensätze der GOÄ und eine Behandlungspflicht für bestimmte Personengruppen innerhalb der privaten Krankenversicherung vor. Wenn dieses Prinzip einer Discount-Honorierung die Blaupause für die große Finanzierungsreform ist, dann wird die Ärzteschaft noch stärker die Menschen über die Folgen für die Patientenversorgung informieren müssen.

Wir setzen darauf, dass in der Politik die Vernunft Oberhand gewinnt und die Einsicht Platz greift, dass in einem unterfinanzierten System eine flächendeckende, hochstehende Versorgung für alle nicht möglich ist. Die jetzige Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat hierzu schon auf dem Außerordentlichen Deutschen Ärztetag 2003 alles Notwendige gesagt: „In einem System des Mangels kommen wir, wenn sozusagen ein zu kurzes Betttuch immer wieder neu verteilt werden muss, dazu, dass Sie als Ärzte automatisch Teil einer Spirale der Zweiklassenmedizin werden, gegen die Sie sich gar nicht wehren können, aus der heraus Sie immer mehr zum Sündenbock auch der Gesellschaft werden. Deshalb müssen Sie aus dieser Spirale heraus.“ Diesen Worten müssen nun aber auch endlich Taten folgen, denn die bisherigen Entscheidungen in der Gesundheitspolitik führen die Ärzte nur noch weiter in die Spirale der Rationierung.

Wir brauchen in der Gesundheitspolitik endlich ebenso viel Ehrlichkeit und konsequentes Handeln wie in der Rentenpolitik. Auf dem 109. Deutschen Ärztetag in Magdeburg wird es deshalb unsere Aufgabe als Ärzte sein, klar und deutlich auf die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Gesundheitspolitik hinzuweisen. Wie drängend die Probleme jetzt schon sind, haben die Massenproteste der niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen und die Warnstreiks an den Krankenhäusern gezeigt. Die positive Reaktion auf die Proteste zeigt, dass die Forderungen der Ärzteschaft auf großes Verständnis in der Bevölkerung stoßen. Den Bürgern ist sehr wohl bewusst, dass der Umfang der medizinischen Versorgung in Deutschland einer ausreichenden Finanzierung bedarf, um Rationierungen zu verhindern. Deshalb müssen wir weiterhin gemeinsam mit den Verbänden der Ärztinnen und Ärzte und unseren Partnern im Bündnis Gesundheit 2000 über die Folgen der Sparpolitik zu Lasten der Patientenversorgung aufklären und uns dagegen wehren, dass Ärzte bestraft werden, wenn sie ihre Patienten nach bestem Wissen und Gewissen behandeln.



Prof. Dr. Dr. h. c. Jörg-Dietrich Hoppe
Präsident der Bundesärztekammer und des
Deutschen Ärztetages